



HESSISCHER LANDTAG

01. 11. 2022

KPA

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zugangshürden zu Weiterbildungsangeboten niedrig halten – Umsatzsteuerbefreiung für Angebote von Volkshochschulen gewährleisten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass in einer sich rasant wandelnden Gesellschaft und Arbeitswelt Lernen weniger denn je mit der Schul-, Studien- oder Ausbildungszeit endet. Vielmehr bedarf es auch im Bereich der Erwachsenenbildung vielfältiger und niedrighschwelliger Bildungsangebote. Er hebt die Bedeutung der Volkshochschulen und weiterer anerkannter Träger der Weiterbildung hervor, die einen entscheidenden Beitrag leisten, um das lebensbegleitende Lernen und die soziale Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Umsatzsteuerbefreiung für Angebote von Volkshochschulen eine grundlegende Voraussetzung ist, um bezahlbare Kursgebühren zu gewährleisten und so breiten Bevölkerungsschichten einen kostengünstigen Zugang zu Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der ab dem Jahr 2023 geltenden, völlig neuartigen Besteuerung der öffentlichen Hand nach § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG), fällt die Unsicherheit, in welchem Umfang die in § 4 Nr. 22 Buchst. a des UStG verankerte Umsatzsteuerbefreiung für Angebote der Volkshochschulen zukünftig weiterhin gilt, besonders ins Gewicht. Aus diesem Grund fordert der Landtag die Bundesregierung auf, eine europarechtskonforme Lösung zur Beibehaltung der Umsatzsteuerbefreiung für die gemeinwohlorientierten Weiterbildungsangebote umzusetzen.
3. Der Landtag erkennt an, dass das Land mit dem zweiten hessischen Weiterbildungspakt für die Jahre 2021-2025 die Weiterbildung in Hessen mit 13 Millionen Euro gezielt fördert und zeitgemäß weiterentwickelt. Mit dem hessischen Weiterbildungspakt wird das Ziel verfolgt, durch die verbesserte finanzielle Ausstattung der Weiterbildungseinrichtungen Zugänge weiter zu erleichtern, Integration, Inklusion, Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu fördern und die Qualität der Angebote durch Fortbildungen der Kursleitenden und der Pädagoginnen und Pädagogen in den Einrichtungen gezielt zu steigern. Zudem wird das Angebot durch das neue Handlungsfeld „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ qualitativ breiter. Damit ermöglicht das Land verlässliche Rahmenbedingungen und ein zeitgemäßes lebensbegleitendes Weiterbildungsangebot für die Menschen in Hessen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 1. November 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)